



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

2314

Décision

-7. Nov. 1990

Decisione

Schweizerische Delegation am KSZE-Gipfeltreffen der
 Staats- und Regierungschefs (19. - 21. November 1990)

Aufgrund des Antrages vom EDA vom 24. Oktober 1990
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz nimmt am KSZE-Gipfeltreffen von Paris, 19. - 21. November 1990, teil.
2. Die schweizerische Delegation setzt sich wie folgt zusammen:
 - Herr Arnold Koller, Bundespräsident 1990,
 - Herr René Felber, Bundesrat,
 - Frau Marianne von Grünigen, Botschafter, Chef der politischen Abteilung III, Delegationschefin am PrepCom,
 - Herr Joseph Schärli, Oberst i GGst, Chef der Abteilung für friedenspolitische Massnahmen, EMD,
 - Herr Blaise Godet, Minister, stellvertretender Direktor der Direktion für Völkerrecht,
 - Herr Jean-Claude Joseph, stellvertretender Delegationschef bei den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen, Wien,
 - Herr Paul Widmer, Chef des KSZE-Dienstes,
3. Das Taggeld der Delegationsmitglieder wird in Uebereinstimmung mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt.
 Die Entschädigungen der Delegationsmitglieder werden dem Kredit "Ersatz von Auslagen" ihrer entsprechenden Amtsstellen belastet.
4. Der Schlüssel zur Verteilung der KSZE-Ausgaben beträgt für die Schweiz 2 % der Totalausgaben der Konferenz. Die Teilnehmerkosten werden der Budgetrubrik 201.373.02 (KSZE-Sicherheitskonferenz) des EDA belastet.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
	X	EMD	5	-
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
		EVED		
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, den 24. Oktober 1990

An den Bundesrat

Schweizerische Delegation am KSZE-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs (19. - 21. November 1990 in Paris)

1. Der KSZE-Gipfel von Paris ist ein Ereignis von hohem symbolischem Gehalt. Er markiert das Ende der Nachkriegsordnung in Europa. Ende 1989 von Präsident Gorbatschow angeregt, beschlossen die Aussenminister der KSZE-Staaten auf einer Sondersitzung am Rande der Konferenz über die menschliche Dimension in Kopenhagen (Juni 1990), ein Vorbereitungskomitee im Hinblick auf dieses Gipfeltreffen einzusetzen, welches im Juli in Wien seine Arbeit aufnahm. Auf ihrem Treffen in New York anfangs Oktober beschlossen die KSZE-Aussenminister sodann, den Gipfel vom 19. - 21. November 1990 in Paris abzuhalten.
2. Der Gipfel von Paris hat folgende Zielsetzung: er möchte einen Meinungsaustausch der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten über die neue Situation in Europa und über die Weiterentwicklung von Sicherheit, Stabilität und Zusammenarbeit herbeiführen.

Konkret gesprochen heisst dies: Auf dem Gipfel soll eine feierliche Erklärung über ein demokratisches, friedliches und vereintes Europa verabschiedet werden. Die Erklärung setzt sich im wesentlichen aus drei Teilen zusammen:

- a) Programmatischer Teil: in ihm geht es darum, die in Europa neu gefundenen Gemeinsamkeiten in der Staatsauffassung, der Rechtsauffassung und bei den Wirtschaftsprinzipien zu würdigen. Dieser Teil enthält also Aussagen über Demokratie und Rechtsstaat, über die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, über die deutsche Einheit im Rahmen der europäischen Einheit sowie über die friedlichen Beziehungen unter den KSZE-Staaten.

- b) Richtlinien für die Zukunft: in diesem Teil geht es darum, die Ziele und das zukünftige Verhandlungsgefüge der KSZE festzuhalten. Es erfasst neben Wirtschaftszusammenarbeit, Umweltschutz und Kultur insbesondere den Sicherheitsbereich und die menschliche Dimension. Im Sicherheitsbereich soll beschlossen werden, die Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa (CFE) nach dem Pariser Gipfel auf der Basis des bestehenden Mandates weiterzuführen. Auch die Verhandlungen über die vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen (VSBM) sollen im gleichen Rahmen wie bis anhin fortgesetzt werden. Nach der nächsten Folgekonferenz in Helsinki (1992) soll es indessen nur noch ein Forum für die Rüstungskontrolle und Abrüstung geben, an welchem alle 34 Staaten teilnehmen werden. Im Bereich der Sicherheit wird auch die Wichtigkeit der friedlichen Beilegung von Streitfällen betont. Bei der menschlichen Dimension geht es um eine Bekräftigung der weitgehenden Verpflichtungen, welche die KSZE-Staaten bereits auf der Konferenz über die menschliche Dimension in Kopenhagen eingegangen sind. Ausserdem werden Wege vorgezeichnet, um die Freiheit, den Rechtsstaat und die pluralistische Demokratie noch besser entfalten zu können. Dies gilt namentlich auch für die nationalen Minderheiten.
- c) Institutionalisierung: Aufgrund des gegenwärtigen Diskussionsstandes im PrepCom in Wien scheint es, als ob folgende Institutionalisierungsansätze im Grundsätzlichen beschlossen werden könnten:
- ein regelmässiger Konsultationsmechanismus, der aus folgenden Elementen besteht:
 1. alle 2 Jahre finden Treffen der Staats- oder Regierungschefs statt. Ueblicherweise werden diese im Zusammenhang mit einem KSZE-Nachfolgetreffen, das seinerseits ca. 3 Monate dauern soll, abgehalten.
 2. Die Aussenminister werden sich regelmässig treffen, wobei noch offen ist ob ein- oder zweimal pro Jahr.
 3. Die Treffen der Aussenminister werden von hohen Beamten vorbereitet. Diesem Konsultationsmechanismus steht ein kleines administratives Sekretariat zur Verfügung, für dessen Sitz in Prag sich ein Konsens heranzubilden scheint.
 - Konfliktverhütungszentrum: dieses Zentrum wird sich vorläufig vorwiegend mit den vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen befassen (Informationsaustausch, Auskünfte über unvorhergesehene militärische Aktivitäten, Abhaltung von Seminarien über militärische Doktrinen). Zu einem späteren Zeitpunkt könnten ihm möglicherweise auch politische Aufgaben übertragen werden. Bis zur Nachfolgekonferenz in Helsinki soll das Zentrum, welches in engem Kontakt mit den CFE- und VSBM-Verhandlungen steht, provisorisch in Wien angesiedelt werden.

- Eine überwiegende Mehrheit der KSZE-Staaten findet, die KSZE sollte auch einen parlamentarischen Zweig bekommen. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass dieses Parlament auf der Basis der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg etabliert wird. Angesichts amerikanischer Vorbehalte gegenüber dem Europarat, dem sie nicht angehören und auch nicht anzugehören gedenken, ist es indessen fraglich, ob in Paris mehr als eine Absichtserklärung zu erreichen ist.

3. Der Ablauf des Gipfels ist folgendermassen vorgesehen: am 19. November um 12.00 Uhr eröffnet der Präsident der französischen Republik das Treffen offiziell. Alle Staats- oder Regierungschefs werden während 1 1/2 Tagen Erklärungen von ca. 15 Minuten abgeben. Am Dienstag, dem 20. November, ist ausserdem eine 1 1/2 - stündige geschlossene Sitzung vorgesehen. Am Mittwoch, den 21. November, unterzeichnen die 34 Staats- oder Regierungschefs das Schlusssdokument. Dieses besteht aus einer feierlichen Erklärung sowie wahrscheinlich einem Memorandum, welches die operationellen Elemente enthält. Wie es im PrepCom in Wien derzeit aussieht, stehen die Chancen gut, dass im Memorandum auch die Beschlussfassung, die Tagesordnung und die organisatorischen Modalitäten für ein KSZE-Expertentreffen über nationale Minderheiten in der Schweiz aufgeführt sind. Der offizielle Abschluss des Gipfels ist am späten Vormittag vorgesehen.

Vorgängig zum Gipfeltreffen beabsichtigen die 22 Staaten der beiden militärischen Bündnisse den CFE-Vertrag sowie eine gemeinsame Erklärung, wonach sich die Signatarstaaten nicht mehr als Feinde betrachten, zu unterzeichnen. Zu diesem Anlass sind alle Staaten, also auch die N + N, eingeladen. Erkundigungen in Wien ergaben, dass alle 34 Delegationen gedenken, die Einladung anzunehmen. Der dem Gipfel vorgeschobene Teil beginnt mit der Begrüssung durch Präsident Mitterrand um 10.30 Uhr (siehe Anhang I mit provisorischem Programm).

4. Die Schweiz ist sich der Bedeutung des KSZE-Gipfels von Paris bewusst. Die KSZE hatte die revolutionären Umgestaltungen im Osten Europas begleitet und gefördert. Sie bot den neuen Demokratien auch als erste eine Plattform an, welche diese in die liberale Tradition der europäischen Staats- und Wirtschaftsauffassung zurückführte. Nach einer Zeit der Konfrontation in Europa geht der Pariser Gipfel von einem, wenn auch noch schwachen, Fundus an Gemeinsamkeiten aus. Auf ihm will er erste Strukturen errichten, welche diese gesamteuropäischen und transatlantischen Bestrebungen fördern.

Die Schweiz hat an der Transformation der KSZE voll mitgewirkt. Die KSZE ist eines der geeignetsten Mittel, um ihren Ideen auf aussenpolitischer Ebene in Europa Nachachtung zu verschaffen. Sie sprach sich frühzeitig für eine Institutionalisierung aus, allerdings nicht für eine Institutionalisierung, welche bestehende Institutionen dupliziert, sondern für eine Institutionalisierung, welche bestehende Organisationen, die sich auf gewissen Gebieten eine Kompetenz erworben

haben - beispielsweise der Europarat bei den Menschenrechten und der Kultur -, nutzt und ihnen nach Möglichkeiten neue Aufgaben überträgt. Es handelt sich also um eine "leichte" Institutionalisierung, die lediglich dort neue Strukturen schafft, wo sie erwiesenermassen eine neue Funktion erfüllen müssen.

Die Beschlüsse, wie sie im Hinblick auf den KSZE-Gipfel Gestalt annehmen, geben uns zu grosser Befriedigung Anlass. Sie entsprechen grösstenteils unseren Vorstellungen. Verschiedene Entscheide sind durch schweizerische Interventionen mitgeformt. Beispielsweise beantragte die Schweizer Delegation im PrepCom frühzeitig, das Konfliktverhütungszentrum soll erst dann eine politische Dimension erhalten, wenn feststehe, welche Aufgaben im politischen Bereich einem solchen Zentrum zu übertragen seien.

Die Schweiz ergriff aber auch Initiativen, welche wahrscheinlich Eingang in die feierliche Erklärung von Paris finden. Mit ihrem unermüdlichen Eintreten für die friedliche Beilegung von Streitfällen hatte sie zweifelsohne am entschiedensten darauf hingewirkt, dass der Gipfel die Bedeutung dieses Themas unterstreichen und den nötigen politischen Impuls für die zukünftigen Arbeiten geben soll. Sie griff auch ein menschenrechtlich und sicherheitspolitisches Hauptproblem der Zukunft Europas auf, nämlich die Frage der nationalen Minderheiten. Gegen beträchtlichen Widerstand verteidigte sie die Notwendigkeit der raschen Einberufung eines Expertentreffens zu diesem Thema in der Schweiz. Oder sie ergriff die Initiative, um die Menschenrechtssituation in Europa durch die Entsendung von Beobachtern zu verbessern.

Im Bereich der Sicherheit begrüsst es die Schweiz, wenn die bisherigen Teilnehmer sogleich nach dem Gipfel die CFE-Verhandlungen und die VSBM-Verhandlungen fortsetzen. Sie erklärt sich aber auch bereit, nach der Folgekonferenz von Helsinki (1992) an Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen teilzunehmen, welche von allen KSZE-Staaten in einem gemeinsamen Forum geführt werden.

5. Wir schlagen Ihnen folgende Zusammensetzung der Delegation vor:

- Herr Arnold Koller, Bundespräsident 1990,
- Herr René Felber, Bundesrat,
- Frau Marianne von Grünigen, Botschafter, Chef der politischen Abteilung III, Delegationschefin am PrepCom,
- Herr Joseph Schärli, Oberst i GGst, Chef der Abteilung für friedenspolitische Massnahmen, EMD,
- Herr Blaise Godet, Minister, stellvertretender Direktor der Direktion für Völkerrecht,
- Herr Jean-Claude Joseph, stellvertretender Delegationschef bei den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen, Wien,
- Herr Paul Widmer, Chef des KSZE-Dienstes,

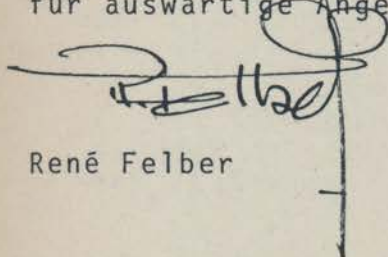
- 5 -

Der schweizerische Botschafter in Paris, Herr Carlo Jagmetti, sowie jene seiner Mitarbeiter, die für den Arbeitsablauf des Treffens nötig sind, werden ebenfalls der Delegation angehören.

6. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft, die Abteilung für friedenspolitische Massnahmen im EMD sowie die Eidgenössische Finanzverwaltung sind mit diesem Antrag einverstanden.

Wir schlagen Ihnen deshalb vor, den beiliegenden Beschlussentwurf zu genehmigen.

Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten



René Felber

- Beilagen: - Sommet de Paris de la CSCE, Projet de Programme
- Notiz über das KSZE-Aussenministertreffen in New York (1./2. Oktober 1990), auf welchem die Abhaltungen des KSZE-Gipfels von Paris beschlossen wurde.

Schweizerische Delegation am KSZE-Gipfeltreffen der
Staats- und Regierungschefs (19. - 21. November 1990)

Aufgrund des Antrages vom EDA vom 24. Oktober 1990
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz nimmt am KSZE-Gipfeltreffen von Paris, 19. - 21. November 1990, teil.
2. Die schweizerische Delegation setzt sich wie folgt zusammen:
 - Herr Arnold Koller, Bundespräsident 1990,
 - Herr René Felber, Bundesrat,
 - Frau Marianne von Grünigen, Botschafter, Chef der politischen Abteilung III, Delegationschefin am PrepCom,
 - Herr Joseph Schärli, Oberst i GGst, Chef der Abteilung für friedenspolitische Massnahmen, EMD,
 - Herr Blaise Godet, Minister, stellvertretender Direktor der Direktion für Völkerrecht,
 - Herr Jean-Claude Joseph, stellvertretender Delegationschef bei den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen, Wien,
 - Herr Paul Widmer, Chef des KSZE-Dienstes,
3. Das Taggeld der Delegationsmitglieder wird in Uebereinstimmung mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt.

Die Entschädigungen der Delegationsmitglieder werden dem Kredit "Ersatz von Auslagen" ihrer entsprechenden Amtsstellen belastet.
4. Der Schlüssel zur Verteilung der KSZE-Ausgaben beträgt für die Schweiz 2 % der Totalausgaben der Konferenz. Die Teilnehmerkosten werden der Budgetrubrik 201.373.02 (KSZE-Sicherheitskonferenz) des EDA belastet.

Für getreuen Auszug:
der Sekretär:

1ère version

SOMMET DE PARIS DE LA CSCE

- PROJET DE PROGRAMME -

LUNDI 19 NOVEMBRE

- 10 H 30 : Accueil des Chefs d'Etat ou de Gouvernement au Centre des Conférences par le Président de la République Française.
- 11 H 15 : Signature du Traité sur les Forces Armées Conventionnelles (FAC) et de la Déclaration conjointe des 22, selon des modalités à préciser.
- 12 H 00 : Ouverture officielle du Sommet par le Président de la République Française.
Allocution du Président de la République Française au titre du pays-hôte.
- 12 H 20 : Allocution du Secrétaire Général des Nations Unies.
- 12 H 40 : Clôture de la première séance plénière par le Président de la République Française.
Départ pour le déjeuner à l'Elysée.
- 13 H 00 : Déjeuner de travail à l'Elysée pour les Chefs d'Etat ou de Gouvernement (qui pourraient arrêter un ordre du jour pour leur échange de vues en séance à huis clos du mardi 20 novembre).
- 15 H 00 : Ouverture de la deuxième séance plénière.
Discours de quatorze Chefs d'Etat ou de Gouvernement, à raison de 15 minutes chacun environ.
La présidence de séance et l'ordre de parole pour les deuxième, troisième et quatrième séances plénières seront fixés à Vienne par tirage au sort.
- 18 H 30 : Clôture de la deuxième séance plénière.

MARDI 20 NOVEMBRE

- 10 H 00 : Ouverture de la troisième séance plénière.
Discours de douze Chefs d'Etat ou de Gouvernement, à raison de 15 minutes chacun environ.
- 13 H 00 : Clôture de la troisième séance plénière.
- 15 H 00 : Ouverture de la quatrième séance plénière.
Discours de huit Chefs d'Etat ou de Gouvernement à raison de 15 minutes chacun environ. Contribution du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.
- 17 H 00 : Echange de vues en séance à huis clos.
- 18 H 30 : Clôture de la quatrième séance plénière.

MERCREDI 21 NOVEMBRE

- 10 H 00 : Ouverture de la séance de clôture par le Président de la République Française.
Adoption du document final.
- 10 H 10 : Signature du document final par les 34 Chefs d'Etat ou de Gouvernement.
- 11 H 00 : Allocution du Président de la République Française au titre du pays-hôte.
- 11 H 15 : Clôture officielle du Sommet.
- 11 H 30 : Départ des Chefs d'Etat ou de Gouvernement, salués par le Président de la République Française.

Beilage

Notiz betreffend
KSZE-Aussenministertreffen in New York (1./2.10.90)

1. Das Aussenministertreffen in New York endete mit einem schönen Erfolg für die Schweizer Diplomatie. Das Thema "Nationale Minderheiten" beherrschte eindeutig die freie Aussprache unter den Ministern. Sieben Aussenminister unterstützten Bundesrat Felber und sprachen sich für ein Expertentreffen über "Nationale Minderheiten" in der Schweiz aus. Niemand ergriff das Wort, um die Opportunität dieser Idee anzuzweifeln. In der Eröffnungsrede hatte ausserdem Aussenminister Genscher den Vorschlag der Schweiz ausdrücklich begrüsst.

Gemäss inoffiziellen Informationen wollen die USA, deren Aussenminister sich bei diesem Thema nicht zu Wort gemeldet hatte, nach dieser eindrücklichen Willensäusserung ihren Widerstand gegen dieses Treffen fallen lassen. Die nächsten Wochen im PrepCom in Wien werden zeigen, inwiefern die Schweiz, die bereits ein Mandat für dieses Treffen ausgearbeitet hat, auf breite Zustimmung stösst.
2. Zielsetzungen des Treffens waren: einerseits den Gipfel von Paris (19. - 21.11.) zu beschliessen und wichtige Impulse für dieses hochrangige Treffen zu verabreichen, andererseits den Vollzug der deutschen Einheit international einzubetten, was mit dem unmittelbar vor Tagungsbeginn unterzeichneten Verzicht der Siegermächte auf ihre Hoheitsrechte und einer eindrucksvollen Rede Genschers sowie den anschliessenden Gratulationen der Minister vorzüglich gelang.
3. Die Aussenminister beschlossen - wie nicht anders zu erwarten war -, den Gipfel zum vorgesehenen Termin abzuhalten, freilich muss bis zu jenem Zeitpunkt ein unterschriftsreifes CFE-Abkommen vorliegen, was man indessen mit guten Gründen voraussetzen darf.
4. Zu längeren Diskussionen unter den hohen Beamten gab eine Erklärung über die Golfkrise Anlass. Sie enthält eine strenge Verurteilung des Irak. Umstritten war insbesondere, ob sich die KSZE zu Ereignissen ausserhalb ihres Bereiches äussern soll. Trotz vielen Bedenken wurde die Frage bejaht, und somit hat die KSZE erstmals diesen Schritt getan.
5. Bezüglich der Weiterführung der rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen kündigte Aussenminister Baker an, dass die USA - und dies ist neu - bereit seien, nach 1992 im Rahmen der 34 zu verhandeln.

6. Bei der Institutionalisierung zeichnete sich eine Uebereinstimmung der Aussenminister im Grundsätzlichen ab. Alle sprachen sich für periodische Treffen, ein kleines Sekretariat, ein Konfliktverhütungszentrum sowie ein parlamentarisches Gremium aus. Im Detail gibt es allerdings, wie aus der Berichterstattung des PrepCom bereits bekannt ist, noch einige Meinungsverschiedenheiten.
7. Albanien war als Beobachter anwesend und konnte seinen Status nicht verbessern. Alles deutet darauf hin, dass es auch am Gipfel in Paris lediglich als Beobachter teilnehmen kann.
8. Die baltischen Republiken beantragten in schriftlichen Eingaben, am Pariser Gipfel als Beobachter teilnehmen zu dürfen. Ihre Anliegen wurden vornehmlich in den Reden der nordischen Aussenminister unterstützt.
9. Insgesamt hat das New Yorker Treffen die transatlantische Dimension der KSZE unterstrichen und zum Ausdruck gebracht, dass die KSZE gewillt ist, den reinen Prozesscharakter zugunsten einer leichten Institutionalisierung abzustreifen und sich den neuen Themen Europas zuzuwenden.
10. Am Rande des KSZE-Treffens fanden sich die vier Neutralen zu einer kurzen Besprechung ein. Themen waren die Golfkrise, die Lage in Osteuropa und in der Sowjetunion, insbesondere die schlechte wirtschaftliche Lage.

Pro
<input checked="" type="checkbox"/>
z.V
<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>